

Umwelt, Energie-, Verkehrs- und Kommunalpolitik

Antrag U 1

Parteivorstand

Unser Weg in die ökologische Ökonomie – Für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung

1. Einleitung

Unser Leitprinzip für Reformen ist die Idee der nachhaltigen Entwicklung. Sie gehört ins Zentrum von Wirtschaft und Gesellschaft. Nachhaltigkeit verbindet die ökonomische Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit. Das ist die Voraussetzung für Demokratie und Freiheit.

Mit der Nachhaltigkeit stellen wir heute die Weichen für ein Jahrhundert der Ökologie. Der Klimawandel bestimmt entscheidend das künftige Leben und den Frieden auf der Erde.

Das Zeitalter der Expansion auf Kosten der Natur, der Dritten Welt und der Zukunft ist vorbei. In unserer begrenzten und schnell zusammenwachsenden Welt rückt die ökologische Modernisierung ins Zentrum der nationalen und internationalen Politik. Wenn wir diesen Weg zügig und entschlossen gehen, können wir die großen Menschheitsherausforderungen bewältigen:

- Den Klimawandel - vor allem durch die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien - in den nächsten 10 Jahren stoppen.
- der zunehmenden Knappheit von Ressourcen, die nicht nur im Bereich der Energieversorgung, sondern in allen Wirtschaftssektoren Krisen, Verteilungskonflikte und Kriege auslösen kann, konsequent entgegenwirken;
- die nachholende Industrialisierung großer und bevölkerungsreicher Länder umweltverträglich gestalten, damit der Raubbau an der Natur nicht dramatisch zugespitzt wird.

Wir wissen: Jede Zeit braucht eine neue Antwort, ohne die sozialen und demokratischen Errungenschaften aufzugeben. Die Marktwirtschaft hat nur eine Zukunft, wenn sie ökologisch und sozial wird. Wachstum garantiert nur dann Wohlstand, wenn er nicht gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört.

Unser Leitprinzip für Reformen ist die Idee der nachhaltigen Entwicklung. Bei ihr geht es nicht um Teilkorrekturen, sondern um einen Weg der Modernisierung und Erneuerung, der in der Tradition der sozialen Demokratie steht.

Nachhaltigkeit

- übernimmt Verantwortung für das Leben künftiger Generationen. Insofern ist sie nicht vereinbar mit der heutigen Kurzfristigkeit, die ökonomische Entscheidungen prägt;

- sucht einen fairen Interessenausgleich zwischen Ökonomie, Soziales und Ökologie. Sie ist von daher das Gegenteil des heutigen Dominanzstrebens der Ökonomie, dem sich alles unterordnen soll;
- setzt auf Vielfalt und Dezentralität. sie grenzt sich daher ab von dem Einheits-denken des Neoliberalismus, der nur ein einheitliches Weltbild kennt;
- stärkt die Demokratie, weil sie den Gestaltungsspielraum der Politik erweitert und mehr Demokratie und Partizipation möglich macht, statt zu ihrer Entmachtung beizutragen.

Wir verfolgen die Idee der solidarischen Gesellschaft. Das ist das Profil der Sozialdemokratie bei der ökologischen Modernisierung, das uns von allen anderen Parteien unterscheidet. Mit ihr wird es möglich, mehr Umweltschutz, Wettbewerbskraft, neue Arbeitsplätze und soziale Sicherheit miteinander zu verbinden. Und nur so gibt es einen qualitativen Fortschritt, der alle Menschen weiterbringt.

2. Die ökologisch-ökonomische Herausforderung

Die Welt ist im Umbruch. Wir erleben gegenwärtig einen erneuten großen Wachstums- und Industrialisierungsschub der Weltwirtschaft. Aber es ist noch nicht entschieden, ob sich die Hoffnung auf Wohlstand und Entwicklung für alle mit dem 21. Jahrhundert verbinden wird oder dieser Schub die Erde an die Grenzen bzw. jenseits der Grenzen ihrer ökologischen Belastbarkeit katapultiert und globale Verteilungskonflikte ebenso wie der Krieg um Rohstoffe das neue Jahrhundert prägen werden. Um auch in Zukunft gut und besser leben, arbeiten und wirtschaften zu können, brauchen wir Wachstum, wir brauchen aber vor allem eine ökologisch-industrielle Revolution.

Fünf übergreifende globale Trends sind mit dieser Herausforderung eng verknüpft und markieren wichtige Rahmenbedingungen der neuen Weltwirtschaft:

- Bevölkerungswachstum und Urbanisierung werden zunehmen. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass im Jahr 2025 knapp 8 Milliarden und im Jahr 2050 bereits rund 9,2 Milliarden Menschen auf der Erde leben.
- Der Mobilitäts- und Transportbedarf wird weiter erheblich wachsen. Der Verkehr zwischen den Regionen wird sich im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung intensivieren.
- Die Energienachfrage steigt weiter. Prognosen gehen davon aus,
- dass bereits bis zum Jahr 2020 der Energiebedarf um 50 Prozent steigen wird.
- Der Ressourcenverbrauch wird zunehmen.
- Jährlich wird eine Waldfläche von 13 Millionen Hektar zerstört.

Dreh- und Angelpunkt eines Modells nachhaltiger Entwicklung muss eine „dritte industrielle Revolution“ werden, in deren Zentrum die Energie- und Ressourceneffizienz und – möglichst schnell - der Ressourcenwechsel stehen. Statt Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen, muss endlich verstanden werden, welche ökonomischen Potenziale ein notwendiger ökologischer Strukturwandel hat: Neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und Verfahren und neue Beschäftigung sind möglich. Dafür brauchen wir eine Ökologische Industriepolitik.

Wenn China zur „Werkbank der Welt“ wird, Indien sich zum „globalen Dienst-leister“ mausert, Russland sich zur „Zapfsäule der Welt“ entwickelt und Brasilien als „Rohstofflager“ und „globaler Farmer“ die Industrie- und Dienstleistungs-gesellschaften Asiens mit Eisenerz, Kupfer, Nickel und Sojabohnen versorgt, sollte Deutschland als verantwortungsvoller „Energieeffizienz- und Umwelttechniker“ seinen Platz in der globalen Arbeitsteilung behaupten und ausbauen.

Der Klimawandel ist die größte Gefahr unserer Zeit. Ganze Weltregionen und Volkswirtschaften würden durch einen ungebremsten Klimawandel so schwer geschädigt, dass sie nicht mehr in der Lage wären, den Lebensstandard ihrer Bevölkerung auch nur annähernd zu erhalten oder Armutsbekämpfung zu leisten. Der Klimawandel ist damit auch eine soziale Frage. Der Klimawandel belastet zuerst die Länder, die nicht die Mittel haben, sich vor den Auswirkungen zumindest einigermaßen zu schützen. Die steigenden Kosten für die Beseitigung der Folgeschäden des Klimawandels werden aber auch in den reicheren Ländern zu einer immer größeren Belastung, die den sozialen Frieden gefährden. Auch in Europa und in Deutschland bedroht der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen.

Die nüchterne Analyse der gravierendsten ökologischen Probleme ist eindeutig:

- Die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas haben die Konzentration von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen in der Atmos-phäre deutlich erhöht.
- Noch nie hat die Erde so viele Arten in so kurzer Zeit verloren.
- Die Weltfischbestände sind extrem geschrumpft. Damit ist eine wichtige Nahrungsquelle der Menschheit gefährdet.
- Die Süßwasserreserven nehmen in vielen Teilen der Welt dramatisch ab.
- Weltweit lassen sich an fast 2.000 Millionen Hektar Böden mehr oder weniger schwere Erosionserscheinungen feststellen.

Die ökologischen Probleme werden damit zunehmend auch zu ökonomischen Problemen. Wenn wir klimapolitisch nicht handeln, könnte das zwischen 5 und 20 Prozent des Weltsozialprodukts kosten. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer werden dabei sehr viel stärker unter den ökonomischen Folgen des Klimawandels leiden. Wir können den Klimawandel nicht mehr vollständig aufhalten, aber wir können ihn begrenzen. Wenn wir weltweit innerhalb der nächsten 10 Jahre die richtigen Schritte einleiten, kann es uns gelingen, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen. Das ist eine Verpflichtung für alle Staaten. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, den Temperaturanstieg noch weiter zu reduzieren.

Deutschland allein kann dieses Ziel nicht erreichen, daran müssen sich alle Länder beteiligen. Für globale Fortschritte brauchen wir ehrgeizige international verbindliche Vereinbarungen. Aber wegen unserer hohen technologischen Leistungsfähigkeit können und müssen wir überdurchschnittliches leisten. Damit müssen wir sofort beginnen.

3. Umwelt-Innovation-Beschäftigung: Ökologische Industriepolitik als Motor für einen nachhaltigen Wandel

Nachhaltigkeit ist seit langem eine wichtige Orientierung der Umweltpolitik. Zunehmend tritt aber eine zweite hinzu: Innovation. Umweltpolitik wird zum Innovations- und Modernisierungstreiber für Wirtschaft und Gesellschaft. Umwelt, Innovation,

Beschäftigung - dieser Dreiklang wird zum Fundament gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erneuerung. In einer modernen, zukunftsfähigen Gesellschaft sind Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaftswachstum kein Widerspruch, im Gegenteil, sie bedingen einander:

- Umweltpolitik wird zu einer intelligenten Form nachhaltiger Wirtschaftspolitik,
- Klimaschutzpolitik wird zur Volkswirtschafts-Schutzpolitik,
- Energiepolitik, die auf Erneuerbare Energien setzt, wird Sicherheitspolitik und
- alles drei verringert unsere Abhängigkeit von der Macht- und Ressourcenpolitik anderer Staaten.

Um der veränderten Rolle gerecht zu werden, muss sich auch die Umweltpolitik ändern: Sie muss zur Innovationspolitik werden, sie muss vom Mahner zum Antreiber werden. Der Reparaturbetrieb von gestern wird so zum Konstruktionsbüro von heute und morgen.

Einen neuen Fortschritt durchsetzen

Eine innovationsorientierte Umweltpolitik muss die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ins Zentrum ihres politischen Handelns stellen. Darum müssen wir Forschung und Entwicklung voranbringen, unsere Produktionsprozesse umgestalten, neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und innovative Infrastrukturen und Infrastrukturkonzepte erarbeiten. Wir können die Probleme der Industriegesellschaft nur mit den Mitteln der Industriegesellschaft lösen. Deswegen geht es nicht um Rückbau der Industriegesellschaft, sondern um deren Fortentwicklung. Wir brauchen einen neuen Fortschritt und eine dritte industrielle Revolution – die *Effizienzrevolution*, die eine wirtschaftliche Produktivitätssteigerung an der absoluten Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und an der Schadstoffminderung ausrichtet – und damit die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöht. Dies ist unsere Alternative zur einseitigen Belastung des Faktors Arbeit.

Schon in der Vergangenheit hat die Umweltpolitik den technologischen Wandel aktiv gestaltet:

- Mit Ordnungspolitiken und Grenzwerten hat sie wichtige Standards gesetzt und damit der technologischen Entwicklung eine Richtung gegeben.
- Mit Anreizinstrumenten hat die Umweltpolitik ebenso wie mit gezielter Forschungsförderung Innovationen gefördert – von der technologischen Entwicklung über die Markteinführung bis hin zur Massenproduktion und massenhaften Anwendung.
- Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten wie z. B. der Ökosteuer, dem Emissionshandel oder dem EEG hat die Umweltpolitik dem Umbau der Industriegesellschaft Fahrt verliehen.

Daran wollen wir mit einer innovationsorientierten Umweltpolitik anknüpfen und die technologische Entwicklung noch stärker als bisher zum Bezugspunkt der Politik machen. So führt neuer Fortschritt auch zu neuer Beschäftigung. Denn die Umwelttechnik „made in Germany“ hat sich längst zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt, der Millionen Menschen Brot und Arbeit gibt.

Ökologische Märkte fördern

Die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie, bei der sich das ökonomisch Vernünftige mit dem ökologisch Gebotenen verbindet, bietet auch für die Wirtschaft eine große Chance. Der globale Bedarf an Umwelttechnik, an Ökoinnovationen und an ressourcenschonenden Produktionsanlagen wird durch die wachsende Weltbevölkerung und anhaltende Industrialisierungsprozesse in den kommenden Jahrzehnten enorm wachsen, vor allem in den Bereichen:

- Nachhaltige Energieerzeugungs- und Kraftwerkstechnologien
- Energieeffizienztechnologien
- Materialeffizienztechnologien
- Wassersparende Technologien
- Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien
- Mobilitätskonzepte, Antriebstechnologien und Kraftstoffe
- Intelligente Siedlungs- und Gebäudekonzepte

Das globale Marktvolumen dieser Märkte wird heute schon auf rund 1.000 Milliarden Euro veranschlagt. Bis zum Jahr 2020 könnte es sich bereits mehr als verdoppelt haben, mit dem entsprechenden Beschäftigungszuwachs. Die deutsche Wirtschaft hat beste Voraussetzungen, um von diesen Potentialen besonders zu profitieren

Aber Innovationen fallen niemandem in den Schoß, technologische Vorsprünge müssen immer wieder hergestellt werden und ein gezielter Technologiewandel bedarf einer gemeinsamen gesellschaftlichen Anstrengung.

Innovationen für wirtschaftlichen Erfolg und Nachhaltigkeit stärken

Wir wollen den Technologiewandel aktiv vorantreiben, um unsere Industrie auf die neuen Knappheiten einzustellen. So tragen wir bei zu neuem Wachstum, neuer Wertschöpfung und neuer Beschäftigung.

Wer dazu allein auf den Markt und den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren setzt, riskiert nicht bloß „Marktversagen“ – er schafft keine Zukunft. Wir brauchen aber eine übergreifende und koordinierte Modernisierungsstrategie:

- Die ökologische Industriepolitik muss Technologiesprünge antreiben und ökologisch und ökonomisch erforderliche Innovationen schneller in die Anwendung bringen,
- sie muss unsere Wirtschaft fit für die Leitmärkte der Zukunft machen und die strategischen Zukunftsindustrien stärken,
- sie muss die industrielle Struktur unserer Wirtschaft auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen,
- sie muss die stoffliche und energetische Basis, auf der die Industrie fußt, sichern. Kohle, Öl und Gas sind zu kostbar, um sie kurzfristig zu verheizen. Deshalb wollen wir in der Energiegewinnung den Anteil erneuerbarer Quellen stetig erhöhen, um die endlichen fossilen Rohstoffe als stoffliche Basis unserer Industrie, auf der unser Wohlstand beruht, zu bewahren. Wir setzen gleichzeitig noch stärker als bisher auf die

Mehrfachnutzung von nachwachsenden, fossilen und den endlichen mineralischen Rohstoffen in möglichst geschlossenen Stoffkreisläufen.

Eine ökologische Industriepolitik kann den technologischen Wandel nicht verordnen. Aber sie bedient sich eines Staates, der als Pionier neue Entwicklungspfade ermöglicht, Wege weist, aktiv mithilft und der langfristiges und strategisches Handeln kurzfristigen Interessenskalkülen gegenüberstellt.

Als Motor des technologischen Wandels muss die ökologische Industriepolitik

- die Forschungsförderung auf Ressourceneffizienz und Energieintelligenz konzentrieren und die ökologischen Querschnittstechnologien systematisch fördern (Nanotechnologie, weiße Biotechnik, Green Chemistry, Oberflächentechnik und Bionik)
- mit Markteinführungsprogrammen wie dem EEG die Voraussetzung für eine Massenproduktion von dringend benötigten technologischen Lösungen und Öko-Hightech schaffen,
- im Bereich der Umwelt- und Energietechnik „Vorreiter-Märkte“ aufbauen, denn wer globale Standards setzt, schafft beste Voraussetzungen für innovative Unternehmen und eine internationale Marktführerschaft,
- die dringend benötigten Technologiecluster ausbilden. Es bedarf einer besseren Zusammenarbeit und einer gegenseitigen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft,
- Exporte fördern und sich um die bessere Vermarktung der Umwelttechnik „Made in Germany“ kümmern und zugleich für einen Export erfolgreicher Politikinstrumente werben,
- das klassische umweltpolitische Ordnungsrecht innovationsfördernd ausgestalten. National und europaweit schärfere Grenzwerte üben, wenn sie rechtzeitig und planungssicher langfristig angekündigt werden, einen heilsamen Innovationsdruck auf die Industrie aus.

Einen New Deal von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung entwickeln

Um Umwelt und Wirtschaft auf Zukunftskurs zu bringen, brauchen wir mehr als nur eine gute Umweltpolitik. Wir brauchen eine bessere Koordination innerhalb und zwischen den Politikfeldern mit den Ressorts. Wirtschafts-, Forschungs-, Infrastruktur-, Bau-, Agrar-, Außen-, Entwicklungs-, Energie- und Umweltpolitik müssen intelligent verknüpft werden. Deshalb wollen wir ein Industriekabinett, mit dem wichtige Ressorts gezwungen werden, ihre Politiken zu koordinieren und neu auszurichten. Das verstärkt politische Impulse und ist die Voraussetzung einer konzertierten Strategie. Und wir brauchen den Brückenschlag in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft hinein. Neuer Fortschritt braucht einen "New Deal", einen Gesellschaftsvertrag für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung. Umwelt - Innovation - Beschäftigung: Das ist der Dreiklang, den wir gemeinsam erzeugen wollen und erzeugen müssen.

4. Ökologisches Kernprogramm für Umwelt, Innovation und Beschäftigung

Der sorgsame Umgang mit Energie und Rohstoffen steht im Zentrum erfolgreicher Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Vorhandene Effizienzpotenziale in den Bereichen Energieerzeugung, Verkehr, Bauen und Wohnen müssen ausgeschöpft werden. Auch durch die verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe und durch das Recycling von

Die umweltpolitischen Handlungsfelder der Zukunft liegen darüber hinaus auch beim Gesundheitsschutz und in der Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Grundlage menschlichen Lebens ist.

4.1 Eine Integrierte Energie – und Klimapolitik durchsetzen

Ökologisch notwendige und ökonomisch gebotene Umweltpolitik verbindet von vornherein Klimaschutz und Energiepolitik. Im Mittelpunkt steht ein zukunftsfähiger Energiemix, der auf moderne Technik setzt, vernetzte Dezentralität nutzt, Effizienzpotenziale ausschöpft und der Energieforschung einen hohen Stellenwert einräumt.

Unser Ziel einer 40prozentigen Reduktion der Treibhausgase bis 2020 in Deutschland als integraler Bestandteil eines europäischen 30-Prozent-Ziels bedeutet eine Senkung von 270 Mio. t CO₂ gegenüber dem Niveau von 2006. Dabei orientieren wir uns an der Leitstudie der DLR. Dafür sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Reduktion des Stromverbrauchs um 11 % (40 Mio. t CO₂-Einsparung) durch massive Steigerung der Energieeffizienz
- Erneuerung des Kraftwerksparks durch effizientere Kraftwerke (30 Mio. t CO₂-Einsparung)
- Steigerung der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien auf über 30 % (55 Mio. t CO₂-Einsparung)
- Verdoppelung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 % (20 Mio. t CO₂-Einsparung)
- Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen (41 Mio. t CO₂-Einsparung)
- Steigerung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 14% (14 Mio. t CO₂-Einsparung)
- Steigerung der Effizienz im Verkehr und Steigerung der Biokraftstoffe auf 20 % (30 Mio. t CO₂-Einsparung)
- Reduktion der Emissionen von Methan, Lachgas und F-Gasen (40 Mio. t CO₂-Einsparung)

Das von der Bundesregierung vorgelegte Integrierte Klima- und Energieprogramm hat den Grundstein für eine Umsetzung dieser Ziele gelegt. Wir messen die Bundesregierung an der zügigen und nachhaltigen Umsetzung dieses Programms. Dazu erwarten wir die Unterstützung aller Ministerinnen und Minister über das Umweltministerium hinaus.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen weitergehende Maßnahmen umzusetzen, um das 40prozentige Reduktionsziel-Ziel zu erreichen.

Einen nachhaltigen Energiemix aufbauen

Ein nachhaltiger Energiemix muss umweltverträglich sein und in einer veränderten Welt die Versorgung zu angemessenen Preisen sicherstellen.

- Mit einer ambitionierten Effizienzstrategie und dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien vermindern wir die Abhängigkeit unseres Landes von Energieimporten.
- Durch eine langfristig angelegte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Förder- und Transitländern (Energieaußenpolitik) sichern wir den Nachschub mit Öl und Gas.
- Modernste fossile Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle und Gas) mit den höchsten Wirkungsgraden (in der Regel mit einem Ausbau der KWK) tragen als Ersatz für ältere ineffiziente Anlagen zu einer deutlichen Verminderung der CO₂-Emissionen bei und sind für die Versorgungssicherheit derzeit unverzichtbar.
- Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energie in den Bereichen Strom, Wärme/ Kälte und Biokraftstoffe trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit bei.
- Mit einer umfassenden Integration der Erneuerbaren Energien in die zukünftige Energieversorgung schaffen wir Nachhaltigkeit, Wachstum und Beschäftigung.

Die Bundesländer sollen im Rahmen ihrer Raumordnungs- und Landesplanungskompetenz die zahlreichen und oft willkürlichen administrativen Hindernisse gegenüber Standorten zur Nutzung erneuerbarer Energien abbauen. Mit proaktiven landesgesetzgeberischen Gestaltungsmaßnahmen in Form eines ökologischen Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes können und sollen sie somit den Ausbau erneuerbarer Energien noch schneller und umfangreicher vorantreiben und damit die bundespolitischen Zielvorgaben übertreffen. Dies zeigt sich u. a. daran, dass der Ausbau der Windenergie in von der CDU/CSU geführten Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen weit hinter anderen Binnenländern zurück geblieben ist und es nach wie vor zahlreiche Genehmigungsblockaden auch für Effizienzverbesserungen (Repowering) gibt. Deswegen wollen wir auch auf landes- und kommunalpolitischer Ebene den Ausbau erneuerbarer Energien entschieden vorantreiben und damit den Gesamtanteil erneuerbarer Energien bundesweit deutlich erhöhen.

Mit der Einrichtung einer internationalen Regierungsagentur für Erneuerbare Energien (IRENA) werden wir zusammen mit anderen Staaten Einführungs- und Ausbaukonzepte für Erneuerbare Energien weltweit unterstützen und den Erfahrungsaustausch fördern. Mit IRENA bekommen die Erneuerbaren Energien ein Gegengewicht zu der immer noch zu stark auf fossile Energien ausgerichtete IEA und der Atomenergieorganisation IAEA.

Energie effizient nutzen

Die größten Potenziale liegen in einer kontinuierlichen Steigerung der Energieproduktivität. Unser Ziel ist die Steigerung der Energieproduktivität um 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Das ist bereits mit heute verfügbaren Technologien erreichbar und rechnet sich auch wirtschaftlich. Dezentrale Strukturen liefern dazu einen Beitrag.

Notwendig ist ein Aktionsplan Energieeffizienz, der konsequent umgesetzt wird.

- Deutschland und die EU müssen die Effizienzforschung verstärken, damit unsere Unternehmen mit energieeffizienten Geräten auf den Weltmarkt gehen können. Wer die energieeffizientesten Produkte anbieten kann, hat im Wettbewerb um Marktanteile die Nase vorn.

- Der KWK-Anteil an der Stromerzeugung in Höhe von rund 10 % muss bis 2020 auf 25% gesteigert werden. Die SPD tritt dafür ein, das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz so zu ändern, dass neue Kraftwerke auf der Grundlage fossiler Brennstoffe nur noch genehmigt werden können, wenn sie nachweislich Kraft-Wärme-Kopplung verwirklichen und die Nutzung der Wärme gesichert ist.
- Kleine und mittlere Unternehmen müssen durch einen Energieeffizienzfonds unterstützt werden, der ihnen bei der Durchführung von Effizienzmaßnahmen hilft. Der Fonds muss angemessen ausgestattet werden.
- Für große Unternehmen müssen in Zukunft Steuerermäßigungen im Rahmen der Strom- und Energiesteuern an die Einführung von Energiemanagementsystemen geknüpft werden. Diese Verpflichtung gilt nur für Unternehmen, deren Steuerentlastung mehr als 10.000 €/a beträgt.
- Die öffentliche Hand muss ihre Marktmacht gezielt nutzen. Sie sollte Anforderungen an die Beschaffung energieeffizienter Produkte festlegen.
- Mit dem sogenannten Top-Runner-Ansatz wollen wir dynamische, verbindliche Standards festlegen, die sich an den besten Geräten orientieren.
- Europaweit müssen anspruchsvolle Mindeststandards zur Energieeffizienz von Elektrogeräten nach der Ökodesignrichtlinie festgelegt werden.
- Wir brauchen eine Revitalisierung von Least-Cost-Planning in Deutschland und in der EU, um im Rahmen der Anreizregulierung Effizienzprogramme berücksichtigen zu können.

Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks voranbringen

Eine Erneuerung des Kraftwerksparks in Deutschland ist überfällig.

Durch geeignete Regelungen im Energierecht sowie im Rahmen des Emissionshandelsrechts werden Investitionsanreize für neue, effiziente Kraftwerke gesetzt. Ziel muss es sein, dass neue, klimaschonendere Kraftwerke den veralteten und ineffizienten Kraftwerkspark ersetzen.

Auf den Einsatz von Kohle für die Stromerzeugung können wir für einen Übergangszeitraum nicht verzichten. Zwischen 2007 und Ende 2012 werden voraussichtlich drei große Braunkohlekraftwerke, sechs Steinkohlekraftwerke und sieben Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 12 000 Megawatt gebaut. Der Ersatz der ineffizienten Altanlagen bringt einen massiven Beitrag für den Klimaschutz. Die neuen Kraftwerke haben einen so viel höheren Wirkungsgrad, dass der Atmosphäre bis zu 42 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr erspart werden können.

Mehr Wettbewerber auf dem Markt Energieerzeugung reizen Investitionen im Energieerzeugungsbereich an. Gerade die ortsnahe Versorgung bietet gleichzeitig große Einsparpotenziale und wirtschaftliche Chancen für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Wärmemarkt. Dabei kommt den Stadtwerken als Garant der Daseinsvorsorge eine Schlüsselrolle zu. Dafür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Den erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien fortführen

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine deutsche und sozialdemokratische Erfolgsstory. Von 4,8 % Anteil an der Stromproduktion 1998 bis rund

12 % bis 2006 haben wir in den vergangenen acht Jahren den Anteil der Erneuerbaren Energien nahezu verdreifacht. Bis 2020 muss ein Anteil von mindestens 30 Prozent des Stroms durch Erneuerbare Energien erzeugt werden.

Die 2008 anstehende Novelle des EEG wollen wir nutzen, die Einführung der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben. Wir wollen durch neue Regelungen erreichen, dass

- Offshore-Windparks schneller kommen,
- Biomasse-Anlagen vorrangig in Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie entstehen,
- Einspeise-, Erzeugungs- und Netzmanagement für EE-Strom und Anreize für bedarfsgerechte Einspeisung des EE-Stroms ins Elektrizitätsnetz verbessert werden,
- Biogas wesentlich leichter in die Gasnetze eingespeist werden kann,
- die Erneuerbaren Energien verstärkt zur stetigen Stromlieferung über Zwischenspeicherung und Zusammenschaltung beitragen.
- Im Bereich der Kleinwasserkraft und des Repowering, also der Ersetzung älterer Windenergieanlagen durch neue, leistungsstärkere, werden wir bestehende planungsrechtliche Hindernisse abbauen.

In der Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor liegen große Potenziale, die es erlauben, kostengünstig CO₂-Emissionen sowie den Öl- und Gasverbrauch zu reduzieren. Unser Ziel ist es, dass bis 2020 mindestens 14 % der Wärme durch Erneuerbare Energien erzeugt wird. Dazu werden wir ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz vorlegen.

Die Energieforschung stärken

Wir wollen eine internationale Spitzenstellung bei Energietechnologien weiter ausbauen. Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau sind hierfür unabdingbar.

Mit dem 6-Mrd.-Programm hat die Bundesregierung die Energieforschung deutlich gestärkt. Dennoch liegen die Forschungsausgaben des Bundes zur Umsetzung der unter 4.1 genannten Maßnahmen heute unter denen zu Beginn der 80er Jahre. Weitere Verbesserungen in der Mittelausstattung in den Bereichen Effizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnik sind daher erforderlich. Wir wollen die Ausgaben für die Energieforschung auf das Niveau der 80er Jahre aufstocken. Zugleich müssen aber auch die privaten Forschungsausgaben erhöht werden. Auch auf EU-Ebene brauchen wir eine bessere Mittelausstattung. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Kernfusion das einzig globale Energieforschungsprojekt ist, in dem die EU, die USA, Russland und Japan international zusammenarbeiten.

Mit einer Forschungsoffensive wollen wir die Voraussetzungen für eine CO₂-arme Energieversorgung weiter verbessern. Forschungsaktivitäten zu allen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien, zu Brennstoffzellen und zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus Kohle- und Gaskraftwerken sind dafür von entscheidender Bedeutung.

Effizienzfortschritte bei der Kraftwerkstechnik sind entscheidend für einen wirksamen Klima- und Ressourcenschutz. Wir unterstützen daher alle Bemühungen, diese Technologien zu erforschen und zu erproben.

Die Stromversorgung auf der Basis von Stein- und Braunkohle wird weiterhin eine wichtige Säule in der Stromerzeugung sein. Auch andere Staaten setzen auf die Verstromung von Kohle. Deshalb ist es unter technologischen und Klimaschutzaspekten angezeigt, die CCS-Technologie im industriellen Maßstab zu entwickeln. Die Energiewirtschaft muss deshalb 2015 ein erstes CO₂-freies Kraftwerk in Betrieb nehmen und ab dem Jahr 2020 diese Technik zum Standard machen. Dabei müssen die Sicherheitsfragen bei Transport und Lagerung geklärt sein. Für eine unabhängige Sicherheitsforschung sind öffentliche Mittel erforderlich und bereit zu stellen.

Energetische Gebäudesanierung vorantreiben

Das von der SPD initiierte Gebäudesanierungs-Programm ist ein großer Erfolg. Mit der Förderung von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr werden Investitionen von über zehn Milliarden Euro jährlich angeregt und zehntausende Arbeitsplätze in der Baubranche gesichert bzw. geschaffen. Das Programm muss über 2009 hinaus fortgesetzt werden, damit die Handwerksbetriebe verstärkt einstellen und ausbilden und die Hersteller von Dämmmaterialien in neue Produktionskapazitäten investieren. Darüber hinaus werden wir Maßnahmen auf den Weg bringen, um die energetische Sanierung von Mietwohnungen voranzutreiben, damit auch Mieter in den Genuss von Einsparungen und steigender Wohnqualität durch energetische Gebäudesanierung kommen.

Notwendig ist eine Novelle der Energieeinsparverordnung, die zum Ziel hat, die Energieverbrauchswerte von Neubauten und bei grundlegenden Sanierungen in einem ersten Schritt ab 2009 um 30 Prozent zu senken. In einer zweiten Stufe werden die Anforderungen noch mal in der gleichen Größenordnung verschärft. Mittelfristig ist ein Passivhausstandard zu realisieren.

Nachststromspeicherheizungen sollen innerhalb der nächsten 10 Jahre vollständig ersetzt werden, wo immer das wirtschaftlich möglich ist. Geeignete Fördermöglichkeiten müssen geschaffen werden.

Die Energiekosten öffentlicher Gebäude sind im Durchschnitt zu hoch. Durch geeignete baulich konzeptionelle und technische Sanierungsmaßnahmen müssen die Energiesparpotenziale ausgeschöpft werden. Das entlastet auf Dauer auch die öffentlichen Haushalte.

Emissionshandel weiterentwickeln

Der Emissionshandel ist ein effizientes Instrument zur Senkung der Treibhausgasemissionen, das weiter entwickelt und über das Auslaufen des Kyoto-Protokolls fortgesetzt werden muss:

- Wir brauchen mehr Transparenz über die Verfahren und die Festlegung des Emissionsbudgets,
- Die Allokationsregeln müssen in den 27 Mitgliedsstaaten der EU harmonisiert werden,
- Der Flugverkehr soll in wettbewerbsneutraler Weise in den EU-Emissionshandel einbezogen werden,
- Wir halten die Veräußerung von Zertifikaten für den richtigen Weg. In der nächsten Handelsperiode ist eine Veräußerung der Emissionszertifikate gemäß der EU-

Richtlinie von 10% vorgesehen. In der Handelsperiode ab 2013 wollen wir eine deutliche Anhebung dieser Veräußerungsmöglichkeit mit dem Ziel, die unentgeltliche Abgabe von Emissionszertifikaten zu beenden ohne die industrielle Produktion in Europa im internationalen Wettbewerb zu benachteiligen.

Die Veräußerung bzw. Versteigerung von Emissionszertifikaten in der zweiten Handelsperiode als marktwirtschaftliches Element des Emissionshandels führt nicht nur zu systemgerechten Preissignalen, sondern erlaubt darüber hinaus, diese Preissignale durch eine konsequente Verwendung des Aufkommens für eine Klimaschutzinitiative zu verwenden.

Mit der Klimaschutzinitiative mit einem Volumen von 400 Mio. € soll ein entscheidender Impuls gegeben werden, um die anspruchsvollen Klimaschutz-, Effizienz- und Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen und insbesondere die nationalen und internationalen Aktivitäten zu verknüpfen.

Diese Nettoerlöse aus der Veräußerung von Emissionszertifikaten sollen in der zweiten Handelsperiode 2008 – 2012 für nationale und internationale Klimaschutzaktivitäten eingesetzt werden.

Bessere Strompreise durch mehr Wettbewerb schaffen

Nur ein funktionierender Wettbewerb im Strommarkt bietet die Chance für wettbewerbsfähige Preise. Dafür müssen wir konsequent die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Den Ausbau brauchen wir, um einen funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen und die bisherigen Engpässe beim Netz zu überwinden.

Die Energieversorgungsunternehmen mit ihren Netzmonopolen erschweren den Marktzugang neuer Wettbewerber und verteuern damit die Strompreise. Deshalb ist es notwendig, die Erzeugung von Strom und den Betrieb der Netze wirksamer als bisher voneinander zu trennen. Dafür brauchen wir unabhängige Regulierungsbehörden. Diese müssen die Marktmacht der Energieversorgungsunternehmen wirksam kontrollieren und deren Missbrauch effektiv bekämpfen können.

Den Atomausstieg fortsetzen

Zu einer nachhaltigen Energiepolitik gehört der Verzicht auf die Atomkraft. Die SPD-geführte Bundesregierung hat im Jahr 2000 nach langen Verhandlungen mit den Energieversorgern den Atomkonsens vereinbart, der einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie bis voraussichtlich zum Jahr 2023 vorsieht.

Atomenergie ist und bleibt eine Risikotechnologie. Sie ist außerdem immer mit der Möglichkeit zum Bau von Atomwaffen verbunden. Die weltweite Verbreitung der Fähigkeit zum Bau und zum Einsatz von Nuklearwaffen ist eines der größten Risiken einer Politik, die auf Atomenergie als Lösung der Energiekrise setzt. Zudem verhindert die Verlängerung der Restlaufzeiten notwendige Investitionen in Erneuerbare Energien und in Energieeffizienz. Deshalb ist für uns klar: Der Atomausstieg gilt. Wir sind vertragstreu. Das erwarten wir auch von der Energieindustrie.

Zur Erhöhung der Sicherheit sollen ältere Reaktoren möglichst schnell stillgelegt werden.

Ihre Strommengen können auf neuere, modernere Anlagen übertragen werden.

Einen Endlagerkonsens in Deutschland schaffen

Atomenergie produziert hochradioaktive Abfälle, die auf Jahrtausende hin strahlen und unseren Nachkommen eine hohe Bürde auflasten. Wir werden uns der Verantwortung stellen und die Suche nach dem bestgeeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle voranbringen. Dafür brauchen wir ein Standortauswahlverfahren. Grundlage muss dabei der internationale Standard von Wissenschaft und Technik sein, den wir auch von anderen Ländern einfordern. Wir stehen im Umgang mit der Atomenergie für höchstmögliche Sicherheit – auch bei der Auswahl des Endlagers.

4.2 Mobilität nachhaltig gestalten

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche aber auch gesellschaftliche Entwicklung moderner Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften. Gleichzeitig gehen vom Verkehr erhebliche Belastungen für die Umwelt und Gefahren für die menschliche Gesundheit aus.

- Knapp 20 % der Treibhausgasemissionen stammen aus dem Verkehrssektor, der damit erheblich zum Klimawandel beiträgt.
- Die vom Verkehr ausgehenden Emissionen an Stickoxiden, flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) und kanzerogenen Stoffen (Dieselruß, PAK und Benzol) konnten in den vergangenen Jahren deutlich reduziert werden. Dennoch sind zur Erreichung vorgegebener Luftqualitätsziele weitere Reduktionen notwendig.
- Etwa 60 % der Bevölkerung fühlt sich allein durch den Straßenverkehrslärm gestört, ein beträchtlicher Teil davon ist sogar potenziell gesundheitsschädlichen Lärmpegeln ausgesetzt.
- Die Flächenneuanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr betrug im Zeitraum 2001–2004 durchschnittlich 115 Hektar pro Tag. Zur Erreichung des Ziels der Nachhaltigkeitsstrategie von 30 Hektar pro Tag sind auch im Verkehrsbereich weitere erhebliche Anstrengungen notwendig.

Grundlegendes Ziel einer modernen Verkehrs- und Umweltpolitik muss es daher sein, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige Mobilität möglichst umweltverträglich zu gestalten. Dabei muss Mobilität bezahlbar bleiben.

Neue Antriebstechnologien entwickeln

Große Effizienzpotentiale liegen in der Weiterentwicklung der Antriebstechnologien und weiterer innovativer Ansätze zur Verringerung des spezifischen Energieverbrauchs. Die durchschnittlichen CO₂-Emissionen neuer Pkw müssen bis 2012 auf 120 g/km reduziert werden. Nach dem Jahr 2012 müssen diese Grenzwerte weiter gesenkt werden. Für die Verbraucher müssen die Informationen zum CO₂-Ausstoß leicht zugänglich sein, damit sofort erkennbar ist, ob das ausgewählte Fahrzeug einen vergleichsweise schlechten oder guten CO₂-Wert aufweist. Daher soll das so genannte CO₂-Labelling verbessert werden.

Biokraftstoffe stärken

Biokraftstoffe müssen einen wachsenden Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen des Verkehrs liefern. Bis zum Jahre 2020 sollen bis zu 20 % des Volumens der konventionellen

Kraftstoffe durch Biokraftstoffe ersetzt werden. Dabei haben insbesondere die Biokraftstoffe der so genannten zweiten Generation eine deutlich bessere CO₂-Bilanz als konventionelle Kraftstoffe aufzuweisen. Als ein Signal für den zukünftig verstärkten Ausbau der Kraftstoffe der zweiten Generation setzen wir uns dafür ein, dass – neben den fortzusetzenden BTL-Aktivitäten – Biomethan stärker gefördert wird und dass für alle Biokraftstoffe ein auf Nachhaltigkeitskriterien basierendes Zertifizierungssystem entwickelt wird.

Kfz-Steuer umstellen und Tempolimit einführen

In Zukunft soll nicht mehr die Größe eines PKW's Grundlage für die Steuererhebung bei der KFZ-Steuer sein, sondern die konkrete Umweltbelastung. Unser Ziel ist eine KFZ-Steuer für Neuwagen, für deren Höhe der CO₂-Ausstoß maßgeblich ist. Die bisherige - sehr erfolgreiche - Differenzierung nach Schadstoffklassen wird dabei nicht aufgegeben. Wir wollen die steuerliche Besserstellung hochverbrauchender Dienstwagen abschaffen. Ein schneller und unbürokratischer Weg zum Klimaschutz ist die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h.

LKW-Maut weiterentwickeln

Die Differenzierung der LKW-Maut nach Emissionsklassen weist eine starke Lenkungswirkung zu saubereren und effizienteren LKW auf. Die neuen Spielräume der EU-Wegekostenrichtlinie sollen bis 2008 konsequent genutzt werden, um diese Wirkung über eine Differenzierung der Mautsätze nach Ort und Zeit weiter auszubauen. Gleichzeitig wird aus Mitteln der LKW-Maut ein Innovationsprogramm zur Unterstützung der Anschaffung moderner emissionsärmerer LKW finanziert werden.

Den Luftverkehr in den Emissionshandel einbeziehen

Da die Emissionen im nationalen und internationalen Flugverkehr die stärksten Steigerungsraten aller Verkehrsträger aufweisen, besteht hier dringender Handlungsbedarf. Deutschland wird darauf hinarbeiten, dass der europäische Flugverkehr ab 2011 vollständig, d.h. auch die Nicht-EU-Airlines, in den EU-Emissionshandel einbezogen werden. Zudem ist zur Verringerung der bodennahen Luftschadstoffe eine emissionsorientierte Landegebühr für den Luftverkehr vorgesehen.

Umweltverträglichere Verkehrsmittel fördern

Um den Anteil umweltfreundlicherer Verkehrsmittel am gesamten Transportaufkommen zu erhöhen, muss deren Attraktivität weiter verbessert werden. Dazu ist beim Güterverkehr eine Qualitätsoffensive an Schnittstellen und Knotenpunkten des intermodalen Verkehrs notwendig. Im Bereich des Personenverkehrs geht es vor allem um die Förderung eines kundenfreundlichen und leistungsfähigen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Stärkung des Radverkehrs. Positive Beispiele in einzelnen Kommunen belegen, dass die Verlagerungspotentiale in diesem Bereich noch lange nicht ausgeschöpft sind. Zudem soll die steuerliche Belastung des Schienenverkehrs durch geeignete Instrumente (z.B. MwSt im Personenfernverkehr, Stromsteuer) verringert werden, um seine Wettbewerbsposition insbesondere gegenüber den so genannten Billigfliegern zu verbessern.

Effizienzpotenziale im Güterverkehr nutzen

Eine besondere Herausforderung stellt die Entwicklung im Güterverkehr dar, da hier durch

die zentrale Lage Deutschlands in Europa in Verbindung mit der Zunahme der globalen Güterströme die Verkehrsleistung auch weiter stark ansteigen werden. Dazu werden wir einen Masterplan Güterverkehr und Logistik vorlegen. Gerade in diesem Bereich sind noch erhebliche Potentiale für Effizienzsteigerungen vorhanden, die sowohl aus ökonomischer wie ökologischer Perspektive ausgeschöpft werden müssen.

Kennzeichnungsverordnung umsetzen

Die NO₂-Immissionsbelastung hat an vielen verkehrsbelasteten Stellen in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen. Dies ist - neben der Oxidation von NO mit Ozon - insbesondere auf eine Zunahme der primären NO₂-Abgasemissionen des lokalen Kfz-Verkehrs zurückzuführen. Deshalb begrüßen wir die Kennzeichnungsverordnung, mit der die Bundesregierung den Ländern ein weiteres Instrument zur Verfügung gestellt hat, um die verkehrsbedingten Umweltprobleme in den Kommunen zu reduzieren. Durch die Einrichtung von Umweltzonen können die Kommunen Verkehrsbeschränkungen bzw. Fahrverbote in Abhängigkeit vom Schadstoffausstoß der Fahrzeuge vornehmen.

Flächeninanspruchnahme reduzieren

Zur Reduzierung der Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen wurden bereits durch verschiedene Instrumente Fortschritte im Planungsrecht erreicht (Novelle Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Bodenschutzgesetz). Bei notwendigen Infrastrukturvorhaben ist der Sicherung der bestehenden qualitativ hochwertigen Infrastruktur gegenüber dem Neubau von Verkehrswegen Vorrang einzuräumen, um die Ziele zum Schutz von Natur- und Landschaftsräumen zu erreichen.

4.3 Ressourceneffizienz erhöhen

In der Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 ist festgelegt, dass bis 2020 die Energie- und Rohstoffproduktivität gegenüber 1990 bzw. 1994 in Deutschland verdoppelt werden soll. Die Energieproduktivität in Deutschland hat sich zwischen dem Basisjahr 1990 und dem Jahr 2004 um 27% verbessert, die Rohstoffproduktivität ist zwischen 1994 und 2004 um 29% gestiegen. Beide Entwicklungen zeigen damit in die richtige Richtung, sie fallen aber noch zu gering aus, um das Nachhaltigkeitsziel einer Produktivitätsverdoppelung bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Die weitere Steigerung der Ressourceneffizienz bleibt deshalb ein wichtiges Ziel. Hierdurch können Umweltbelastungen reduziert und nicht nur wertvolle Rohstoffe, sondern auch in erheblichem Maße Kosten gespart werden. Mehr als 40% der Kosten im Produzierenden Gewerbe sind Materialkosten, Lohnkosten weniger als 25%. Ressourcenpolitik ist damit nicht nur ein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, sondern hat auch enorme Potenziale für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Das zeigt, welche Chancen mit einer Effizienzrevolution verbunden sind. Deshalb bereiten wir eine nationale Initiative zur Ressourceneffizienz vor. Die Ziele sind:

- Der schonende und sparsame Einsatz von Energie und Rohstoffen,
- neue Strategien zur Effizienzsteigerung und zur Weiterverwendung und Wiederverwertung,
- die absolute Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs,

- der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe,
- die Förderung des technischen Fortschritts für mehr Wirtschafts- und Lebensqualität

Eine Effizienzrevolution muss über die einfache Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffeinsatz hinausgehen. Ihr Ziel ist die absolute Senkung des Verbrauchs. In jeder Epoche der Industriegeschichte gab es Leit- oder Querschnittstechnologien (Eisenbahn, Elektrotechnik, Chemie etc.), die eine hohe Dynamik für die Modernisierung der Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt entfaltet haben. Alles spricht dafür, dass der nächste langjährige Wirtschaftszyklus von effizienten Nutzungstechniken für den sparsamen und schonenden Umgang mit den natürlichen Rohstoffen geprägt wird.

Für Maßnahmen zur Materialeinsparung, Substitution und Schließung der Stoffkreisläufe eignen sich vor allem folgende Aktionsfelder:

- Informations- und Kommunikationstechnologie
- Stahl
- Phosphor
- Biomasseproduktion und –nutzung
- Bauen und Wohnen/Infrastruktur
- Ausgewählte, seltene metallische Rohstoffe

Einsatz nachwachsender Rohstoffe stärken

Der Anbau nachwachsender Rohstoffe hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Er ist von ca. 291.000 Hektar im Jahr 1993 auf ungefähr 1,4 Millionen Hektar im Jahr 2005 gestiegen. Rund 30 bis 40 Prozent der nachwachsenden Rohstoffe stammen aus der einheimischen Landwirtschaft.

Nachwachsende Rohstoffe haben ein enormes Wachstumspotenzial, vor allem in den Bereichen Schmierstoffe, Biokunststoffe, Naturfaserverstärkte Werkstoffe, Dämmstoffe und Fein- und Spezialchemikalien. Wir wollen die Möglichkeiten der industriellen stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe weiter ausbauen.

In Zukunft muss es darum gehen, immer mehr organische Chemikalien und Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen zu gewinnen. Derzeit liegt der Anteil von Biokunststoffen bei unter einem Prozent am Gesamtmarkt von 12,6 Millionen Tonnen jährlich. Steigende Erdölpreise werden die Marktverhältnisse ändern. Um diesen Markt der Zukunft zu erschließen, müssen Forschung und Entwicklung intensiviert werden.

Bei der zunehmenden Verwendung nachwachsender Rohstoffe ist sicher zu stellen, dass ihre Produktion und Bereitstellung keine neuen Umweltbelastungen verursacht. Auch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe muss den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen. Das gilt nicht nur für die Nutzung einheimischer nachwachsender Rohstoffe, sondern auch für importierte. Auch muss die Deckung des wachsenden Bedarfs an Lebensmitteln aus der Landwirtschaft gewährleistet bleiben.

Kreislaufwirtschaft aufbauen

Zwischen 2000 und 2005 stiegen die Weltmarktpreise für importierte Rohstoffe im Euro-Raum um 81 Prozent. Die Rohstoff- und Energieersparnis durch die durch Recycling gewonnenen Sekundärrohstoffe beträgt 3,7 Milliarden Euro jährlich. Nicht nur der Markt

für Sekundärrohstoffe wird weiter wachsen, sondern auch der für Recyclingtechnik, um die Abfälle von heute als „Bergwerke der Zukunft“ effizienter zu nutzen.

Wir unterstützen innovative Vorhaben, bei denen nicht nur eine umweltschonende Entsorgung aller Restabfälle einschließlich der Verpackungen gewährleistet wird, sondern auch die weitgehende Erschließung von stofflichen Ressourcen und eine effektive Nutzung des hohen energetischen Potentials von Restabfällen. Das erhöht die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland und sichert Arbeitsplätze über die Abfall- und Recyclingwirtschaft hinaus.

Mit dem Bau zahlreicher moderner Müllverbrennungsanlagen und technisch anspruchsvoller mechanisch-biologischer Behandlungsanlagen und der Modernisierung bestehender Anlagen wurde in den vergangenen Jahren flächendeckend die Ablagerung unbehaltener biologisch abbaubarer Siedlungsabfälle auf Deponien beendet. Damit konnte der Ausstoß abfallbedingter Klimagasen deutlich gesenkt werden. Im Vergleich zu 1990 wurden 2005 in Deutschland rund 2/3 der Methangasemissionen aus Deponien, das sind mehr als 21 Mio. t CO₂-Äquivalente, vermieden. 2012 werden über 90 % der früher emittierten Deponiegasemissionen dauerhaft vermieden werden. Die Abfallwirtschaft insgesamt hat im Zeitraum 1990 bis 2005 mit rd. 46 Mio. t CO₂-Äquivalenten bereits zu einem großen Teil zur Erfüllung der deutschen Reduktionsziele bei klimaschädigenden Gasen beigetragen. Unser Ziel bleibt es, bis zum Jahr 2020 auf Deponien weitgehend zu verzichten.

4.4 Biologische Vielfalt sichern

Der Verlust biologischer Vielfalt schreitet trotz vielfacher nationaler wie auch internationaler Gegenmaßnahmen unvermindert voran.

- Jährlich wird eine Waldfläche von 13 Millionen Hektar – das ist die dreifache Größe der Schweiz - zerstört.
- 25 Prozent aller Meeresfischbestände sind gefährdet, damit könnte im Jahr 2050 keine kommerzielle Fischerei mehr möglich sein.
- Die karibischen Korallenriffe sind bereits zu 80 Prozent zerstört.
- Insgesamt geht die Weltnaturschutzunion IUCN davon aus, dass derzeit weltweit mehr als 15.000 Arten akut vom Aussterben bedroht sind.

Es gibt viele Gründe, den weltweiten Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen zu stoppen.

- Der wirtschaftliche Wert der weltweiten Ökosystemdienstleistungen wird von der Weltnaturschutzunion IUCN auf 16 bis 64 Billionen US-Dollar jährlich geschätzt.
- Ca. 40% Prozent des Welthandels basieren auf biologischen Produkten oder Prozessen.
- 40 - 50% der zugelassenen medizinischen Produkte nutzen pflanzliche oder tierische Ausgangsstoffe.
- Die Vernichtung biologischer Vielfalt beraubt Menschen ihrer Heimat und ihrer regionalen Verwurzelung! Bereits heute gibt es 20 Millionen Umweltflüchtlinge – damit übersteigt die Zahl schon die der Kriegsflüchtlinge. Bis zum Jahr 2010 wird gar ein Anstieg auf jährlich 50 Millionen befürchtet.

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen wird damit immer mehr auch zu einem wichtigen Eckpfeiler der Friedenspolitik. Die Biologische Vielfalt ist die Datenbank der Natur, sie ist Rohstoffbasis einer wachsenden Weltbevölkerung.

Naturzerstörung und Klimawandel gemeinsam bekämpfen

Naturschutz und Klimaschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Der Klimawandel wird zu einer zusätzlichen Gefährdung der Biologischen Vielfalt führen. Laut IPCC wird bei anhaltendem Klimawandel ein Drittel aller Arten bis zum Ende des Jahrhunderts ausgestorben sein. Der Amazonas als größter zusammenhängender Wald droht zu vertrocknen – mit ihm würde eine der größten Schatzkammern der Natur unwiederbringlich verloren gehen. Umgekehrt führt die Zerstörung von Ökosystemen in vielen Fällen zu einer Verschärfung des Klimawandels: Wälder, Moore oder Feuchtgebiete speichern Kohlenstoff, der bei ihrer Vernichtung frei gesetzt wird. Ca. 20% der heutigen CO₂-Emissionen gehen auf das Konto von Entwaldung und Umwandlung natürlicher Lebensräume. Wir brauchen Anreize, damit walddreiche Länder ihre Wälder erhalten, um damit einen Beitrag sowohl zum Klima- als auch zum Naturschutz zu leisten.

Die CBD 2008 in Bonn zum Erfolg führen

Bereits beim Erdgipfel in Rio de Janeiro wurde der Schutz der biologischen Vielfalt auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt. Mit der dort verabschiedeten Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) wurde neben der Klimarahmenkonvention ein wichtiger multinationaler Prozess auf den Weg gebracht. Beim Weltgipfel in Johannesburg wurde beschlossen, bis zum Jahr 2010 den Verlust an Biologischer Vielfalt signifikant zu.

Wir begrüßen deshalb, dass die nächste Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Mai 2008 in Deutschland stattfindet. Wenn die UN-Konferenz in Bonn die erforderlichen internationalen Fortschritte bringen soll, müssen Deutschland und die EU eine führende Rolle übernehmen.

Gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen erreichen

Auf der CBD 2008 muss der Startschuss für konkrete Rechtsverhandlungen fallen. Wer sich biologische Substanzen aus Entwicklungsländern angeeignet, um daraus in den Industriestaaten wirtschaftlich nutzbare Produkte etwa für die Pharmaindustrie zu entwickeln, der muss die Menschen in den Entwicklungsländern auch an den dabei entstehenden Gewinnen fair beteiligen. Viele Entwicklungsländer fordern eine klare internationale Rechtsetzung, die den wirtschaftlichen Interessenausgleich regelt. Solange aber keine ausreichende Rechtssicherheit hergestellt ist, beschränken Entwicklungsländer auch den Zugang zu ihren biologischen Ressourcen. Wissenschaft und Forschung leiden darunter, und zudem wird die Entstehung eines wichtigen Marktes für die Entwicklung biologisch basierter Zukunftstechnologien behindert.

Finanzierung zum weltweiten Schutz der biologischen Vielfalt durchsetzen

Den Verlust an biologischer Vielfalt signifikant zu verringern kann nur gelingen, wenn die vereinbarte schrittweise Erhöhung der bilateralen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit von derzeit ca. 0,36 % auf 0,51 % bis 2010 und auf 0,7% in 2015 auch realisiert wird und dies mit einer zumindest anteiligen Erhöhung von Mitteln

zum Schutz der natürlichen Ressourcen einhergeht. Um die erforderlichen Impulse in der globalen Biopolitik aber auch in der Klimaschutzpolitik setzen zu können, halten wir eine zügige Erhöhung der Entwicklungshilfemittel für notwendig und in den nächsten Jahren auch für machbar. Wir wollen damit eine Initiative zum Schutz der am stärksten gefährdeten Ökosysteme in Entwicklungsländern ermöglichen. Außerdem brauchen wir zusätzliche Finanzierungsinstrumente, um die globalen Umweltherausforderungen wie den Schutz der Biologischen Vielfalt und auch den Klimaschutz bezahlen zu können.

Ein Schutznetz für biologische Vielfalt aufbauen

Wir unterstützen den Aufbau eines weltweiten Netzes von Schutzgebieten, das alle Lebensräume und Arten der Erde ausreichend abdeckt, und das in der Lage ist, die weltweite biologische Vielfalt wirksam zu schützen. Etwa 11 % der weltweiten Landfläche sind derzeit als Schutzgebiete ausgewiesen. Zum wirksamen Schutz der Natur sind mindestens 15% jedes Lebensraumtyps unter Schutz zu stellen. Gerade angesichts des Klimawandels muss es ein ausreichend dichtes und verknüpftes Lebensraumnetz geben, damit die Natur sich an veränderte Klimabedingungen anpassen kann.

Einen stärkeren Schutz der Meeresökosysteme durchsetzen

In den weltweiten Meeren sind weniger als 1% der Flächen geschützt. Die Ozeane zählen zu den am stärksten übernutzten und ausgebeuteten Öko-systemen der Erde. Wir unterstützen daher die Errichtung wirksamer Meeresschutzgebiete auch außerhalb des Bereichs nationaler Hoheitsgewässer. Die Überfischung führt nicht nur dazu, dass die Bestände zahlreicher Speisefischarten an den Rand des Zusammenbrechens geraten sind, sondern zu einer Zerstörung ganzer Lebensgemeinschaften. Insbesondere beim Schutz der Tiefseeökosysteme müssen dringend Fortschritte erzielt werden. Wir wollen daher als Sofortmaßnahme ein Moratorium der Tiefseeschleppnetzfisherei durchsetzen.

Die Zerstörung der Wälder weltweit stoppen

Wälder werden immer noch im großen Maßstab durch den illegalen Holzeinschlag vernichtet. Deshalb brauchen wir wirksame Aktivitäten gegen das „Illegal Logging“. Wir wollen Partnerschaftsabkommen mit Waldländern abschließen, um das Illegal Logging zu bekämpfen. Die Waldrodung zur Gewinnung von landwirtschaftlicher Produktionsfläche ist der andere große Treiber der Waldzerstörung; die rasch ansteigende Nachfrage nach Biomasse kann hier zusätzlich zu neuen Problemen führen. Wir müssen daher unsere Bioenergieförderung mit dem Schutz der Wälder verknüpfen; dazu brauchen wir wirksame Standards und glaubwürdige Zertifizierungssysteme.

Ein Begleitgremium zur globalen Biopolitik einrichten

Die internationale Klimapolitik ist maßgeblich durch den IPCC, den Internationalen Wissenschaftsrat zur Beurteilung des Klimawandels, geprägt und voran gebracht worden. Ein vergleichbares Gremium gibt es für die wissenschaftliche Politikberatung im Bereich der biologischen Vielfalt nicht. Wir begrüßen und unterstützen daher Initiativen zur Einrichtung eines dem IPCC vergleichbaren Gremiums zum Schutz der Biodiversität.

Die Anstrengungen in Deutschland verstärken

Auch Deutschland muss handeln: 72 % aller Lebensraumtypen gelten als gefährdet. Von den einheimischen Tierarten Deutschlands sind 33 %, von den Farn- und

Blütenpflanzenarten sind 26% bestandsgefährdet. Der Flächenverbrauch schreitet mit 118 Hektar pro Tag auf einem viel zu hohen Niveau voran.

Daher wollen wir

- “Nationale Naturlandschaften” – Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate – weiterentwickeln. Wir brauchen deshalb eine ökologische Qualitätsoffensive in Deutschlands Großschutzgebieten,
- das nationale Naturerbe dauerhaft bewahren. Ökologisch hochwertige Flächen im Eigentum des Bundes dürfen nicht privatisiert werden. Deshalb sind 125.000 Hektar wertvoller Natur von der Privatisierung ausgenommen. Wir fordern die Länder auf, dem Beispiel des Bundes zu folgen und ebenfalls von einem Verkauf ökologisch hochwertiger Flächen in Landeseigentum abzusehen.

Die Europäische Agrarpolitik reformieren

Die Agrarausgaben der Europäischen Union sind weiterhin extrem hoch – allein in Deutschland geht es um die Verwendung von mehr als 40 Mrd. € in den Jahren 2007 – 2013, EU-weit sind es rund 400 Mrd. €. Dabei sind die Umweltbelastungen der Landwirtschaft immer noch massiv. Wir wollen die Überprüfung der EU-Agrarförderung und die EU-Haushaltsrevision 2008/2009 nutzen, um deutliche Veränderungen vorzunehmen:

- Die jetzige Form der Subventionierung muss verändert werden.
- Die ländliche Entwicklung muss stärker gefördert werden.

4.5 Umweltschutz ist Gesundheitsschutz

Umweltschutz ist Gesundheitsschutz. Wasserverfügbarkeit und – qualität, gesunder Boden und saubere Luft haben direkte Konsequenzen für die menschliche Gesundheit. Europaweit ist den Bürgern eine gesunde Umwelt für ihre Lebensqualität genauso wichtig wie der Zustand der Wirtschaft und soziale Faktoren.

Luftqualität verbessern – Feinstaub deutlich verringern

Feinstaub verursacht schwere Gesundheitsschäden und ein Ansteigen der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenkrebs. Durch Feinstaub wird die durchschnittliche Lebenszeit verkürzt. Besonders hoch ist die Belastung in Großstädten. Auspuffe von Dieselfahrzeugen und Schornsteine von Kraftwerken setzen Feinstaub direkt frei, durch chemische Reaktionen entsteht er aus Schwefel- und Stickstoffoxiden. Deren Herkunft ist vielfältig: Verkehr, Heizungen, Industriebetriebe, Kraftwerke, Umschlag und der Transport staubender Güter zählen dazu.

Die Feinstaubbelastung in Deutschland geht im langjährigen Mittel leicht zurück, doch in verkehrsreichen Straßen werden die geltenden Grenzwerte immer wieder überschritten. Seit Januar 2005 gelten europaweit Grenzwerte für Feinstaub in der Luft, die nur an wenigen Tagen im Jahr überschritten werden dürfen. Kommunen und Länder, in denen diese Werte nicht eingehalten werden konnten, haben inzwischen Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Fahrverbote für hoch emittierende Fahrzeuge sind geeignete Maßnahmen, um mehr Gesundheitsschutz zu erreichen.

Die europaweite Einführung des Partikelfilters für Dieselfahrzeuge war unabdingbar. In

Deutschland gibt es seit Anfang 2007 nun endlich auch eine Förderung von Partikelfiltern. Darüber hinaus ist notwendig:

- Die Einführung einer vom Schadstoffausstoß abhängigen LKW-Maut und
- die weitere Senkung der Emissionen aus Feuerungs- und Industrieanlagen.

Reform des Europäischen Chemikalienrechts umsetzen

Um die Sicherheit von Chemikalien zu erhöhen, müssen wir mehr über die einzelnen Stoffe wissen. In der Europäischen Union sind rund 100.000 Chemikalien erfasst. Bei rund 95.000 Stoffen ist jedoch unbekannt, wie sie auf die menschliche Gesundheit wirken. Risiken, die nicht erkannt werden, können aber auch nicht beherrscht werden.

Die Reform des Europäischen Chemikalienrechts ist durch REACH eingeleitet. Ein zentrales Ziel von REACH ist die systematische Erfassung von Informationen über gefährliche Eigenschaften von Chemikalien und die Reduzierung von Gefahren für die Gesundheit. Durch ein besseres Wissen von Stoffeigenschaften, profitiert nicht nur die Chemikaliensicherheit. Vielmehr wird sich dies ebenso positiv auf andere Bereiche, wie etwa Abfall, Bodenschutz, Immissionsschutz, Produktsicherheit, Innenraumluft, Verbraucher- und Arbeitsschutz auswirken. Zudem wird REACH Innovationen stärken und mit der Zeit dazu führen, dass gefährliche Stoffe durch umwelt- und gesundheitsgerechtere Lösungen ersetzt werden.

Lärm vermindern

In Deutschland fühlt sich inzwischen jeder Dritte durch Fluglärm belästigt. Rund 80 % der Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch Verkehrslärm gestört. Im beruflichen Bereich ist die Lärmschwerhörigkeit die zahlenmäßig häufigste Berufskrankheit.

Um die Zahl der Menschen, die regelmäßig erheblichem Lärm ausgesetzt sind, deutlich zu verringern, muss Lärmbekämpfung an der Quelle betrieben werden, v.a. im Luft-, Straßen- und Schienenverkehr. Technische Verbesserungen

- am Flugzeug (Triebwerke, Tragflächen etc.),
- am Fahrzeug (Motoren, Reifen, Räder),
- am Fahrweg (Fahrbahnbeläge, Gleise)

sind die effizientesten und dauerhaftesten Methoden, um Lärm zu mindern. Um hohe Belastungen rasch abzubauen, ist aber auch die Lärmsanierung durch bauliche Lärmschutzmaßnahmen entlang von bestehenden Straßen und Schienen und im Umland von Flughäfen wichtig. Das verabschiedete Fluglärmgesetz ist dabei ein erster Schritt.

Biozide – Transparenz schaffen, Menge reduzieren

Produkte wie Holzschutzmittel, Desinfektionsmittel, Insektizide, Rattengift und Antifoulingfarben (Biozide) haben das Risiko unerwünschter Nebenwirkungen für Mensch und Umwelt. Daher gibt es in Deutschland eine Zulassungspflicht für Biozid-Produkte vor deren erstmaligem Inverkehrbringen.

Alle auf dem Markt befindlichen Biozide werden wir in einem mehrjährigen Programm einem Gesundheitscheck unterziehen. Ziel ist es, künftig nur noch sichere Produkte in der Anwendung zu haben.

Auch bei Pflanzenschutzmitteln muss sichergestellt werden, dass gefährliche alte Wirkstoffe nicht weiter am Markt sind. Neben der Durchleuchtung der Pflanzenschutzmittelgesetzgebung auf europäischer Ebene muss es nationales Ziel sein, die Einsatzmengen in der Landwirtschaft weiter zu reduzieren.

Trinkwasser schonen

Im Deutschland beträgt der jährliche Wasservorrat 182 Milliarden Kubikmeter Grund-, Oberflächen- und Quellwasser. Rund 6.700 Wasserversorger fördern davon nur etwa drei Prozent jährlich. Der Haushaltswasserverbrauch in Deutschland liegt bei durchschnittlich 130 Litern pro Einwohner und Tag, Kleingewerbe eingeschlossen.

Eine hohe Trinkwasserqualität ist wichtig für Gesundheit und Lebensqualität. Regional gibt es nach wie vor Probleme mit Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln im Trinkwasser. Zusätzlich sind in einzelnen Städten die Probleme mit alten Bleileitungen nicht vollständig gelöst. Daher ist es wichtig, dass unser Lebensmittel Nr.1 geschützt wird.

5. Zukunft braucht Mut!

Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass das 21. Jahrhundert für die Menschen eine gute Zukunft und weitere Schritte zu einer umfassenden Lebensqualität bringt. Wir wollen unseren Kindern und Kindeskindern gerechte Chancen für ein friedliches Leben in Wohlstand ermöglichen – bei uns und weltweit.

Mit einer einfachen Fortsetzung unseres bisherigen Wirtschaftens werden wir dies nicht erreichen können. Es geht nicht um kleine Verbesserungen, sondern um einen „Quantensprung“, es geht darum, unsere Industriegesellschaften auf eine neue stoffliche und energetische Basis zu stellen und gleichzeitig durch eine Effizienzrevolution Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Nur wenn wir mutige Veränderungen wagen, wird es möglich, gleichzeitig mehr Umweltschutz, neue Arbeitsplätze und eine höhere Innovationskraft zu erreichen.

Die SPD setzt dabei auf die Gestaltungskraft der Menschen und auf technologischen Fortschritt. Mit der hier vorgelegten umfassenden Strategie einer ökologischen Modernisierung legen wir ein Konzept vor, mit dem es gelingen kann, Ökonomie und Ökologie im 21. Jahrhundert zu wechselseitigem Nutzen zu entwickeln und damit nachhaltiges Wachstum und neuen Fortschritt zu ermöglichen.

Unter dem Leitprinzip der Nachhaltigkeit verbindet sich die ökonomische und ökologische Innovationskraft eng mit sozialer Gerechtigkeit. Das ist gleichermaßen Leitgedanke eines sozialdemokratischen Umbaus unserer Wirtschaft: Die neuen Chancen, die wir durch einen konsequenten Umbau der Industriegesellschaft zu einer zukunftsfähigen Volkswirtschaft eröffnen, müssen genauso fair verteilt werden, wie die Lasten, die durch einen solchen gravierenden Umbauprozess entstehen.

Diese großen Herausforderungen erfordern neue Konzepte und mutige Vorreiter. Dafür sind leistungsfähige Unternehmen und Regionen erforderlich, aber auch starke Länder, die eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir sind dazu bereit – in Deutschland und in der Europäischen Union.

Um erfolgreich zu sein, brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens in Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Verbänden, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir vor allem die Chancen für neue

Beschäftigung, die aus einer konsequenten ökologischen Industriepolitik erwachsen, dazu nutzen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, die den Kriterien von guter Arbeit genügen.

Wir als SPD sind bereit, Motor dieser Entwicklung zu sein. Zukunft braucht Mut.

(Angenommen)

Antrag U 4

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Daher schlagen wir ein „100 Erdwärme-Anlagen-Programm vor, bei dem das Fündigkeitsrisiko für die ersten 100 Anlagen vom Bund getragen oder versichert wird.“
Forderung „100-Erdwärme-Anlagen-Programm“

(Überwiesen an Bundesministerium für Umwelt und Bundestagsfraktion)

Antrag U 5

Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg
(Bezirk Hannover)

Atomkraft beschleunigt Klimawandel – Ausstieg energisch fortsetzen!

I. Atomkraft – alter Wein in neuen Schläuchen

Zurzeit nimmt die Debatte um die Nutzung der Atomenergie erneut an Intensität zu. Nachdem in den vergangenen Jahren immer wieder unzutreffende Argumente wie die Preisgestaltung oder die Verfügbarkeit oder die Unabhängigkeit von Öl- und Gasimporten für die weitere Nutzung der Atomkraft vorgebracht worden sind, muss jetzt sogar der Klimawandel herhalten. Die AKW werden von ihren Betreibern als die Klimaschützer der Zukunft verkauft. Aus dieser Argumentation heraus wird der im Juni 2000 zwischen sozialdemokratisch geführter Bundesregierung und Energiewirtschaft geschlossene Ausstiegsvertrag immer mehr in Frage gestellt. Opposition und die 4 Oligopolisten aus der Energiewirtschaft wollen vertragsbrüchig werden. Sie fordern eine drastische Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden AKW, zum Teil auch immer unverhohlener den Wiedereinstieg in die wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft. Dabei verweisen sie auf vermeintliche internationale Entwicklungen in Europa (Frankreich, Finnland) und Übersee (insbesondere Indien und China) und geben vor, dass sich so die Folgen des Klimawandels abmildern lassen.

Schon die Legenden der Atomkraft aus den vergangenen Jahrzehnten haben einer genauen Überprüfung nicht standgehalten. Würden beispielsweise alle Kosten, so auch

**Parteitag der SPD
in Hamburg**

26. bis 28. Oktober 2007

Beschlüsse